„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Die große Umwälzung in der Welt

Wir leben unzweifelhaft in einer hochinteressanten Zeit, so bitter ernst sie auch für viele Menschen ist, so schwer auch die Sorge um die Existenz auf Tausenden von Männern und Frauen in allen Ländern unseres Erdballes lastet. Seit dem Jahre 1914 ist die Welt nicht mehr zur Ruhe gekommen, sondern vielmehr in einer fortwährenden Umwälzung und Neugestaltung begriffen. Die Grundlagen der alten Weltwirtschaft der Vorkriegszeit sind erschüttert und teilweise sogar schon stark abgebröckelt. Auf der einen Seite verfünden kluge Staatsmänner und ehrliche Idealisten das Bekenntnis zur internationalen Verständigung, zur Abrüstung, zum Völkerbund, auf der anderen Seite erhebt der Nationalismus stärker als je sein Haupt. Reiche Leute wurden durch verfehlte Börsenspekulationen, durch Bank- und Börsenkrache, durch Inflation, durch staatliche Enteignung über Nacht bettelarm, während Arme durch schlaue Ausnützung der wirtschaftlichen Konjunktur, durch Kriegs-, Inflations- und Revolutionsgewinne Reichtümer anhäuften. Fürsten mußten auf ihre Throne verzichten und Prinzen wurden zu einfachen Bürgern degradiert; andere traten im Namen der Demokratie, des Kommunismus, der Diktatur an ihre Stelle.

Das sind nur wenige Bildausschnitte aus der gewaltigen Umwälzung, die sich teilweise schon vollzogen hat und noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Wer möchte oder könnte prophezeien, wann und wie die Umwälzung enden wird? Wer könnte sich vermessen, in die unerforschlichen Pläne der Vorsehung einzudringen? Wir fühlen es, daß der Strom der Zeit uns mit unwiderstehlicher Gewalt durch seine hochgehenden Wogen reißt, aber wir wissen nicht, wo und wann wir wieder festen Boden unter den Füßen gewinnen, wo der Strom des großen Menschheitsschicksals mündet.

Betrachten wir Canada im Rahmen der sich überstürzenden Entwicklung, so muß in uns der Eindruck entstehen, als habe es den geistigen Anschluß versäumt und stehe nun ratlos dem Hasten und Treiben gegenüber. Von der stolzen Höhe einer neuen Wirtschaftsblüte, die aber nur eine Scheinblüte war, ist Canada seit Monaten in die dunkle Tiefe der Wirtschaftsdepression gestürzt. Für viele Canadier kam das so unerwartet, so plötzlich und überraschend, daß sie wie vor den Kopf geschlagen dastehen. Sie waren schon fest davon überzeugt, daß die Nachwirkungen des mörderischen Weltkrieges, der nicht nur Millionen zum Blutbad geworden ist, sondern auch den alten internationalen Wirtschaftsbeziehungen den Todesstoß versetzt hat, überwunden seien. Nun müssen sie zu ihrer lebhaften Bestürzung erkennen, daß dies eine Selbsttäuschung war, daß die jetzige Weltkrise vielmehr jenen recht gibt, welche immer und immer wieder warnend den Finger erhoben und nachdrücklich eine gründliche Revision der willkürlichen Friedensverträge, der Kriegsschulden- und Reparationsfrage, der Minderheiten- und Grenzprobleme forderten. Noch ein ganz bedenklicher Irrtum, der sich schwer rächte, war die Meinung, Europa sei wirtschaftlich erledigt und Amerika marschiere an der Spitze der Finanz- und Wirtschaftswelt. Die großen Millionenvölker Europas, diese riesigen Verbrauchermassen, haben inzwischen sich mehr und mehr vom nordamerikanischen Kontinent abgewendet und suchen ihr Heil in einem großzügigen Aufbau ihrer Industrie und Landwirtschaft. Sie wollen sich den Weizenpreis nicht von Canada und die Preise für die Industrieprodukte nicht von den Vereinigten Staaten diktieren lassen. Sie müssen ihre eigene Landwirtschaft schützen, damit sie unter der Last der entsetzlich hohen Steuern nicht zusammenbricht. Sie müssen auf Mittel und Wege sinnen, um für die Millionenheere ihrer Arbeitslosen wieder Arbeit, Verdienst und Brot zu beschaffen. Wer kann es den Engländern, Franzosen, Italienern oder Deutschen verbieten und verwehren, russischen oder ungarischen oder rumänischen Weizen zu kaufen, wenn dieser bedeutend billiger ist als der canadische oder amerikanische Weizen? Für viele auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans ist Rußland das Schreckgespenst oder wenigstens das große Fragezeichen. Manche überschätzen die Bedeutung dessen, was dort vorgeht, indem sie vergessen, daß auch die Sowjetmachthaber mit Wasser kochen müssen. Viel von dem, was aus Rußland in die Welt dringt, ist Sowjetpropaganda, von der sich Rußlandreisende oft ebenso blenden und betören lassen wie Millionen von Leichtgläubigen in allen Teilen des Erdballes. Aber mögen auch die kommunistischen Hirngespinste eines Tages wie Seifenblasen zerplatzen, so werden doch die elektrischen Riesenkraftwerke, die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, die neuen und modernen Industriestädte usw. bestehen bleiben. Mögen auch die kommunistischen Farmbetriebe sich eines Tages wieder auflösen, weil sie auf die Dauer doch nicht mit Sklavenarbeit zu erhalten sind, so dienen sie doch den russischen Bauern gewissermaßen als Lehrstätten moderner Bodenbearbeitung u. neuzeitlichen Landwirtschaftsbetriebes.

Auch wir in Canada werden, ohne uns auf radikale Experimente und törichte Uebertreibungen einzulassen, versuchen müssen, uns auf die neue Zeit umzustellen. In den nächsten Jahren werden wir von Grund auf ein neues Wirtschaftsgebäude errichten müssen. Voraussetzung dazu ist, daß jeder sich selbst darüber klar wird, wie er sparsamer und rentabler wirtschaften kann. Jeder von uns hat eine Lehre aus der schweren Depression zu ziehen. Der eine wird sich sagen, daß er zu viele und zu teure Maschinen anschaffte, ein anderer, daß er zuviel Farmland oder zuviel städtischen Grundbesitz gekauft hat, wieder ein anderer, daß es besser ist, einige Ersparnisse auf der Bank als Reserve für schlechte Zeiten liegen zu haben als alles sauer verdiente Geld sofort in Häusern, Grundstücken oder Farmland anzulegen. Andere werden zur Ueberzeugung gelangen, daß es ein wirtschaftlich ungesunder Zustand ist, alles auf Kredit zu kaufen und so Schulden auf Schulden zu häufen. Jeder von uns sollte sich seine eigenen Gedanken darüber machen und nach den Fehlern in seinem eigenen Wirtschaftsbetrieb suchen. Besonders wir Deutschen, die als sparsame, genügsame und fleißige Menschen bekannt sind, könnten auf so manchem Gebiet mit gutem Beispiel vorangehen. Durch Fleiß, Sparsamkeit und Genügsamkeit werden wir schließlich auch den Kampf mit den schlechten Zeiten siegreich bestehen. Nur dürfen wir uns nicht von der allgemeinen Mißstimmung unterkriegen lassen und uns nicht an den Gedanken festklammern, wir könnten auf den alten ausgetretenen Wegen der Wirtschaftsführung weiterschreiten.

Oeffnen wir die Augen und schauen wir um uns! Die ganze Welt stellt sich um. Wer nicht unter die Räder kommen will, muß selbst umlernen und sich selbst umstellen. Das gilt von jedem Einzelnen, das gilt auch von ganzen Ländern wie unserem Canada. Wenn eine Regierung glaubt, sie könne unter dem Schutze hoher Zollmauern ihr eigenes Wirtschaftssystem entwickeln, ohne jede Rücksicht auf fremde Länder und unbekümmert um die großen Umwälzungen in der gesamten Weltwirtschaft, so ist das ein Zeichen von törichter Kurzsichtigkeit. Wir leben nicht mehr im 18. und nicht mehr im 19. Jahrhundert, auch nicht mehr im Jahre 1914, sondern mitten in der gewaltigsten Umwälzung, welche die Weltgeschichte jemals zu verzeichnen hatte. Die gegenwärtige Depression ist nur ein Teil des ungeheuren Völkerschicksals. Wer wird sie überstehen? Nur jene, die den Mut und die Entschlossenheit haben, sich durchzuringen und durchzukämpfen. Ueber jene aber, die klagend und jammernd auf dem Wege liegen bleiben, wird die Zeit mit flüchtigem Schritt hinwegeilen.

Die Korridorgefahr

Der bekannte italienische Publizist Sergio de Cesare hat im Verlage von Anacreonte Chiurazzi e Figlio in Neapel eine interessante Broschüre „Balcani di Nord-Est" erscheinen lassen.

Der Verfasser erklärte zunächst, daß die Ursache der politischen Unruhe, in der das heutige Europa lebt, der Geist ist, aus dem heraus der Vertrag von Versailles und die übrigen gleichgearteten Verträge entstanden sind, und daß Abhilfe nur durch eine Korrektur dieses Geistes geschaffen werden kann. Die Vertragsrevision ist bereits in vollem Gange, aber absichtliche Blindheit leugnet diese notwendige Entwicklung aus Scheu vor dem Wort „Revision". Besser wäre es, man gäbe sie offen zu und regelte sie in Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Staaten.

Das Problem der deutschen Ostgrenze, so fährt der Italiener fort, ist eine europäische Gefahr und ein Krisenherd. Im Westen hat die Revision schon manches gebessert, der Zustand aber in Osteuropa ist trotz einiger Retuschen unhaltbar geblieben, wie er im Anfang war. Die territorialen Verhältnisse sind dort absurd und wirtschaftlich verheerend, so daß nur eine Revision von Grund auf Wandel schaffen kann. Der Liquidationsvertrag genügt nicht, um den Streit um den Korridor zu beenden. Vielleicht könnten eine von einer klugen Grenzkorrektur begleitete Internationalisierung der Weichsel und einige Konzessionen des Reichs an Polen die ersehnte Lösung bringen.

Mit etwas Nachgiebigkeit auf der deutschen Seite und mit Verzicht auf den starren, unversöhnlichen, kurzsichtigen Versailler Geist auf polnischer Seite, so schließt der italienische Publizist, sollte das Problem gelöst werden, nicht im propolnischen oder prodeutschen Sinne, aber im Sinne der Interessen der beiden Nationen. Der heutige Zustand sei ein gefährliches Absurdum.

Weltumschau

Berlin und das Flottenabkommen. In deutschen Regierungskreisen konnte man es ab, sich irgendwie über das in Rom zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien abgeschlossene Flottenabkommen zu äußern, machte indes; aus der Befürchtung, daß; durch dasselbe die Hauptfrage der Abrüstung zu Land ungünstig berührt werden könnte, kein Geheimnis.

Die Haltung der Regierung in der Sache wird erst bekannt gegeben werden, nachdem die Fassung dieser Verständigung vorliegt und einem eingehenden Studium unterzogen worden ist. Offiziös wurde indes; erklärt, daß der Grundgedanke der deutschen Einschätzung des Abkommens dessen Auswirkung auf die Frage der allgemeinen Abrüstung sein werde.

„Die Nachtausgabe", eines der Hugenbergischen Blätter, erblickt in dem Abkommen eine Gefahr für die deutsche Reichswehr. „Die erzielte Verständigung bedeutet," schreibt die Zeitung, „daß auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die drei Mächte der französischen Forderung beipflichten werden, nach welcher die sogenannte Abrüstung zu Land so gedeichselt werden wird, daß die deutsche Reichswehr die Stärke von 100,000 Mann nicht überschreiten darf, während Frankreich kraft seiner ausgebildeten Heeresreserven sich ein Landheer nach eigenem Gutdünken leisten kann."

Gegen die Gotteslosenpropaganda. Falls die derzeitige Propaganda gegen die Gottlosigkeit in Deutschlands", die von Moskau aus betrieben wird, nicht eingestellt werden sollte, ist es wahrscheinlich, daß die Zentrumspartei, der ja auch Kanzler Brüning angehört, gegen eine Erneuerung des demnächst ablaufenden Vertrags Deutschlands mit Rußland stimmen wird. Dieses scheint wenigstens aus einer Rede hervorzugehen, welche der Universitätsprofessor Dr. Georg Schreiber, Kirchengeschichtslehrer in Münster, heute gelegentlich der zweiten Lesung des Etats des Reichsinnenministeriums im Reichstag hielt.

„Wie könnten wir auch nur daran denken," rief der Prälat, „diesen Vertrag zu erneuern? Wenn die kulturellen Schwierigkeiten in unseren Beziehungen zu Rußland nicht aus dem Wege geräumt werden, fallen Verträge in Stücke, da sie nicht länger durch das Volk geschützt werden. Die diplomatischen Beziehungen müssen abgebrochen werden, wenn das Volksbewußtsein sich im Protest gegen sie erhebt. Freimütig gebe ich zu, daß jeder zu Gewissensfreiheit berechtigt ist, aber vom Standpunkt der allgemeinen Kultur aus erkläre ich: es ist unmöglich, „gottlose Abende" zu veranstalten und sich über die Religionsgemeinschaften lustig zu machen, als ob es nie eine religiöse Kultur in Deutschland gegeben hätte."

Der russische Vertrag, welcher am 26. April 1926 in Berlin unterzeichnet wurde, ist auf fünf Jahre beschränkt. Unter anderem garantiert er gegenseitige Neutralität, falls einer der beiden Staaten von einer dritten Macht" angegriffen werden sollte.

Um den Ausweg aus der Krise. Die Gläubigerstaaten, welche ein Interesse daran haben, den Kapitalismus vor dem Untergang zu bewahren, müssen selbst mit Hand anlegen und Deutschland behilflich sein, aus der Reparationsmisere herauszukommen, erklärte der Präsident der Reichsbank Dr. Hans Luther bei Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse. Dies bedeute aber nicht, wie Dr. Luther hinzufügte, die Streichung der Reparationen, sondern einen Ausweg aus der Krisis, die durch die Schuldverpflichtungen aus dem Kriege entstanden ist. Als das deutlichste Merkmal für den Zwang, dem Deutschland unterworfen ist, bezeichnete er die Zahl der Arbeitslosen, die sich heute auf 5,000,000 beläuft. Es bedeute dies, fuhr der Reichsbankpräsident fort, daß ein Viertel der Nation Opfer der Arbeitslosigkeit ist, und daß dieser Teil von den übrigen Dreiviertel unterstützt werden muß.

Dr. Luther betonte jedoch, daß; ungeachtet dessen, was die Gläubigernationen tun oder nicht tun werden, Deutschland nie von den Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmannes abweichen werde. Es habe unter keinen Umständen die leiseste Absicht, sich seinen Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, seien es nun die der Regierung oder solche von Einzelpersonen. Dr. Luther wies ferner darauf hin, daß; nur durch die Erhöhung der Ausfuhr und die Schaffung neuer Märkte mit Hilfe anderer Nationen, aber nicht durch prohibitive Zolltarife Deutschland die Reparationen bezahlen und selbst zahlungsfähig bleiben könne.

In Leipzig herrscht anläßlich der Frühjahrsmesse lebhaftes Treiben. Auf den Straßen und in den Ausstellungspalästen, in denen die Fabrikanten ihre Muster ausgestellt haben, wimmelt es von Käufern aller Nationen, unter denen 2000 Amerikaner verzeichnet werden. Fast 50 Prozent der deutschen Industrie arbeitet heute für den Export. Im Jahre 1930 fielen die Exporte nach Nord- und Südamerika ganz beträchtlich, die nach den Ver. Staaten um 29 Prozent. Es ist dies genau der Betrag, um welchen die russischen Aufträge auf Maschinen und ähnliche Erzeugnisse während des Jahres gestiegen sind. Die Aufträge Rußlands beliefen sich auf $141,500,000 und laufen noch weiterhin ein.

Berlin, Wien und Südosteuropa. Der Wiener Besuch des deutschen Reichsaußenministers Dr. Julius Curtius, der von Bundeskanzler Schober in Wien feierlich empfangen wurde, hat in den europäischen Hauptstädten das Problem des Anschlusses von Oesterreich an das Reich erneut aufleben lassen. Die Frage der Vereinigung zwischen Oesterreich und Deutschland steht zwar im Vordergrunde des Interesses, doch hat der Besuch des Reichsaußenministers in Wien zweifellos näherliegende wirtschaftliche Verhandlungen als Hauptzweck.

Während die Anschlußfrage das Interesse der Oeffentlichkeit fesselt, wird Dr. Curtius mit seinem österreichischen Kollegen den Plan eines weitgehenden Zollabkommens verhandeln. Nach diesem Plan soll angeblich nicht nur eine festere wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Reich und Oesterreich angestrebt, sondern auch eine Zollverständigung mit anderen Ländern von Mittel- und Südeuropa erzielt werden. Der Plan in seiner jetzigen Form dürfte von großem Interesse für alle Länder sein, die mit Deutschland und Oesterreich Handelsbeziehungen unterhalten, da er dem Vernehmen nach die Klausel der Meistbegünstigung berührt, die in den meisten Handelsverträgen mit den beiden Ländern enthalten ist und die durch einen Abschluß der erstrebten Zollabkommen wenigstens zum Teil umgangen werden dürfte. Der Plan eines Zollabkommens soll außer Deutschland und Oesterreich die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Südslawien, Bulgarien und Polen betreffen.

Sein Hauptzweck ist die Belebung und Förderung des Handels zwischen den Industriestaaten Europas und den Ackerbauländern. Er verfolgt damit ein Ziel, das schon auf der jetzigen Zollkonferenz im Rahmen des geplanten Europa-Bundes gestellt wurde.

Die Frage des Anschlusses wird zwischen Dr. Curtius und der österreichischen Bundesregierung zweifellos besprochen werden, obgleich dies nach Ansicht politischer Beobachter mehr ein Deckmantel sein wird, hinter dem die wichtigeren wirtschaftlichen Beratungen stattfinden werden. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, der durch die Friedensverträge verboten ist, ist eine immer dringender werdende Frage. Die praktische Durchführung eines solchen Anschlusses dürfte jedoch auch ohne das Hindernis der Verträge geraume Zeit und langwierige Verhandlungen bedingen, da selbst in Deutschland und Oesterreich ein gewisser Widerstand gegen den Plan besteht.

Große Schweizer Mustermesse. Wie in vergangenen Jahren wird Basel (Schweiz), die alte Stadt am Rhein, diesmal wieder die Stätte der Messe der Schweizer Industrien sein, der fünfzehnten ihrer Art, welche vom 11. bis zum 21. April stattfinden wird. Die Messe ist der jährliche Zentralmarkt für Waren der Schweiz. Nur in der Schweiz hergestellte Artikel gelangen zur Ausstellung; die Messe ist daher eine wahrhafte und eindrucksvolle Illustration der Kunstfertigkeit und der Arbeit der Schweiz.

Der Bequemlichkeit halber sind die zur Ausstellung gelangenden Erzeugnisse in zwanzig verschiedene Gruppen eingeteilt: Chemikalien und Apothekerwaren; Uhren, Wanduhren und Schmucksachen; feine Mechaniker und Präzisionsinstrumente; Maschinen und Werkzeuge; Kunstgewerbe, Keramik und Porzellan; Stickereien und Gewebe; Kleider und Herrenausstattungsartikel; Fußbekleidung und Lederwaren; Papier und Papierwaren; Haus- und Büromöbel u. a. Die Leitung der Messe ist als ausgezeichnet bekannt. Die Anlage der Ausstellungshallen gehört zu den besten in Europa.

Basel selbst liegt an den Routen des internationalen Verkehrs, es ist mit der Eisenbahn wie mit dem Flugzeug gleich leicht zu erreichen. Einkäufer und sonstige treue Besucher dieser Gewerbeschau stellen sich alljährlich ein und zwar mehr als tausend. Sie erhalten Legitimationskarten, welche sie zu Fahrgeldermäßigungen der Eisenbahnen der Schweiz und sonstiger europäischer Verkehrsgesellschaften berechtigen.

Auch Belgien „rüstet ab". Das belgische Parlament wird bald ersucht werden, 855,000,000 zu bewilligen, die zur Konstruktion eines starken Befestigungssystems verwendet werden sollen. Die Konstruktion soll noch vor 1935 durchgeführt werden. „Die Schwäche des belgischen Befestigungssystems zog den Feind im Jahre 1914 an," führte Verteidigungsminister M. De Broqueville aus, als er die Pläne vor dem Landesverteidigungskomitee erläuterte.

Die alten Forts von Lüttich, die während des Krieges zuerst fielen, sollen jetzt zuerst wieder in Stand gesetzt werden, und ihre Ausrüstung soll aus Geschützen bestehen, die 22 Kilometer weit schießen können. In Namur sollen ähnlichen Vorbereitungen getroffen werden. Die Reichweite der Geschütze im Jahre 1914 betrug nur 8 Kilometer.

In den 12 Jahren seit dem Waffenstillstand gab Belgien insgesamt $887,700,000 für Befestigungsprojekte aus. Kürzlich erließ der frühere Verteidigungsminister M. De Veze eine Warnung, daß Europa nicht friedlich gesinnt sei und daß noch weitere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden müssen.

Die Militärbehörden geben zwar zu, daß die Luftstreitkräfte im nächsten Krieg eine große Rolle spielen werden, behaupten aber gleichzeitig, daß sie nirgends die Landstreitkräfte ersetzen würden.

„Im Falle eines Angriffs würde uns jetzt eine Armee von 350,000 zur Verfügung stehen statt nur 40,000 Mann im Jahre 1914," sagte Verteidigungsminister Broqueville. „Außerdem würde im Falle eines Kriegsausbruchs sofort eine Anzahl französischer Divisionen zur Hilfe nach Belgien entsandt werden, aber nur auf ausdrückliches Ersuchen der belgischen Regierung."

Nach der Weizenkonferenz. Die Delegaten zu der in Paris tagenden europäischen Weizenkonferenz haben Richtlinien entworfen, die befolgt werden sollen, falls Europa abermals dem Problem von übermäßigen Getreide-Ernten gegenüberstehen sollte. Die Vorschläge werden den Befürwortern von Aristide Briands Paneuropa-Plan, der im kommenden Mai in Genf weiter zur Erwägung gelangen soll, zwecks gründlicher Prüfung unterbreitet werden.

Die Entschließungen befürworten zwei Wege zur Behandlung der Getreide-Ueberproduktion: eine möglichst weltweite Begrenzung der Aussaat und Produktion von Weizen und eine etwaige europäische Vereinbarung, die Einfuhr von Uebersee-Weizen nur nach Maßgabe der Bedürfnisse zu gestatten. Die Entschließungen werden dem Internationalen Ackerbau-Institut in Rom zur Begutachtung vorgelegt werden.

Jules Cel, ein Kammerdeputierter der französischen radikalen Partei, erklärte, französische Landwirte seien durch Weizenspekulanten systematisch geschädigt worden. Durch Masseneinfuhr aus dem Auslande seien die einheimischen Weizenpreise auf den niedrigsten Preis herabgedrückt worden und Andre Tardieu, derzeitiger Landwirtschaftsminister, habe ein solches Verfahren gebilligt. Der Deputierte befürwortete Regierungskontrolle über die ganze Weizeneinfuhr aus dem Auslande.

Ver. Staaten und Sowjetrußland. Senator Borah von Idaho, der Vorsitzende des amerikan. Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der schon seit zehn Jahren für Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu der Räterepublik eintritt, gab zu, daß; hinsichtlich dreier „großer Menschheitsideen", nämlich der Religion, der Familie und des Eigentums, eine unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit zwischen der amerikanischen Regierung und dem Sowjet-Regime bestehe. Wir verteidigten jene höchsten Güter der Zivilisation, wogegen die Regierung in Moskau gegen alle drei rüste. Indessen werde diese Haltung der Machthaber im Kreml vom russischen Volke nicht geteilt. Auch die französische Revolution habe Religion, Familie und Eigentum niedergetrampelt, indessen habe das französische Volk später Remedur geschaffen, und ähnlich werde die Entwicklung auch in Rußland verlaufen.

Von der Stabilität der Sowjetregierung erklärte Senator Borah überzeugt zu sein, unbeschadet etwaiger „radikaler Aenderungen" der russischen Regierungseinrichtungen in späterer Zeit. Er sei denn auch dafür, daß; Amerika das rote Rußland anerkenne, ohne sich vor dem Kontakt mit dem kommunistischen Riesenreiche zu fürchten. Die Anerkennung Rußlands bedeute weder die Gutheißung seiner Regierung noch der kommunistischen Theorien.

Von einem praktischen Gesichtspunkte aus machte Senator Borah geltend, daß; die kleineren Kapitalisten und Unternehmer der Ver. Staaten in Ermangelung des Schutzes ihrer Regierung die Geschäften mit Rußland gegenüber dem Großkapital im Nachteil seien. Dem Schatzamt; das die Einfuhr russischen Bauholzes verboten habe, aber den Mangan-Import erlaube, legte der Senator Inkonsequenz zur Last. Die Anerkennung Rußlands liege im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und werde auch der Wiederbelebung der amerikanischen Prosperität zugutekommen.

Australien in schweren Nöten. Beobachter der ungeklärten politischen Verhältnisse in Australien prophezeiten die Auflösung des Senates und Repräsentantenhauses für Mitte dieses Jahres sowie scharfe Wahlkämpfe. Die Arbeiterpartei, welche wohl im Repräsentantenhaus, aber nicht im Senat die Kontrolle ausübt, wird sich an das Land mit dem Ruf wenden: „Das Volk gegen die Banken!" Die schärfsten Vertreter der Partei erklären, daß; die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Australiens durch die Bankiers noch erhöht worden sind, die die Kredite für die Regierung und Privatleute beschnitten haben.

Eine mächtige Gruppe der Arbeiterpartei verlangt auch eine Vermehrung des Notenumlaufs ohne entsprechende Deckung durch Erhöhung der nationalen Goldreserve. Kritiker dieses Vorschlages prophezeiten, daß; im Falle seiner Annahme Australien einem ähnlichen Finanzkrach ausgesetzt sein würde, wie der, den Deutschland in der Nachkriegszeit erlebte.

Argentinien und die Einwanderung. Argentinien, das seither viel mehr Einwanderer aufgenommen hatte als die Vereinigten Staaten, hat jetzt auch die Einwanderung, durch Erhöhung der Paßgebühren für Einwanderer auf das Zehnfache, entmutigt und beseitigt die Heimfahrtkosten von Einwanderern, die im Lande keine Arbeit finden können. Es melden sich täglich 1000 Menschen, Spanier, Polen, Tschechen, Italiener, Griechen, Türken und Syrier zur Heimfahrt, aber nur etwa 700 Gesuche werden täglich berücksichtigt. Da die Regierung den Ankömmlingen Freiland zur Verfügung zu stellen pflegte, sind in Argentinien seit 1925 pro Jahr 350,000 Menschen zugewandert, aber 250,000 sind pro Jahr wieder abgewandert.

Umsturz in Peru. Der Revolte verschiedener Garnisonen im Norden und Süden des Landes folgend, hat die Armee Perus den Rücktritt des provisorischen Präsidenten Luis M. Sanchez Cerro erzwungen. Wenige Stunden nach der Abdankung wurde eine neue Regierung zusammengestellt. An der Spitze der neuen Junta steht Recardo Leoncio Elias, der Präsident des obersten Gerichtshofes von Peru, der als provisorischer Präsident fungiert. Andere Mitglieder der Regierung des Landes sind Kapitän Alejandro G. Vinces, der Oberbefehlshaber der Flotte und Oberst Manuel Ruiz Bravo, der Chef des Generalstabes der Armee.

Die drei Beamten der Junta haben sofort Verhandlungen mit den Rebellen des Südens in Arequipa und den Anführern im Norden in der Nähe von Piura eingeleitet, um eine Situation zu beenden, die seit über einer Woche einen Bürgerkrieg heraufzuführen drohte.

Die Ereignisse folgten der Veröffentlichung eines Ultimatums der Flotte. In diesem Ultimatum wurde der Rücktritt des provisorischen Präsidenten gefordert und gleichzeitig erklärt, daß; die Schiffe, die Truppen zur Bekämpfung der Rebellen nach Süden bringen sollten, aufgehalten worden seien. Das Dokument trug die Unterschrift von Kapitän Vinces, einem der Mitglieder der neuen Junta.

Revision d. Kriegsschulden

Fordert früherer Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Stockholm

Verlangt ferner Widerruf der Kriegsschuldlüge und Rückgabe der deutschen Kolonien

Stockholm. — Dr. Hjalmar Schacht, der frühere Präsident der Deutschen Reichsbank und einer der einflußreichsten Finanzsachverständigen Deutschlands, erhob in einer Ansprache vor dem Schwedisch-deutschen Klub im Grand Hotel das Verlangen nach energischem, internationalen Handeln, um der gegenwärtigen „wirtschaftlichen und moralischen" Krisis abzuhelfen. Auf drei Punkte legte er dabei besonderen Nachdruck:

1. Revision aller internationalen Kriegsschulden, sowohl der interalliierten als auch der deutschen.
2. Widerruf des Artikels im Versailler Vertrag, durch den Deutschlands Kriegsschuld erklärt wird.
3. Rückgabe der Deutschland als Folge des Krieges abgenommenen Kolonien.

„Nur bewußtes internationales Zusammenarbeiten versetzt die Welt in die Lage, die gegenwärtige ökonomische und moralische Krise zu überstehen," sagte Dr. Schacht bei seinem Werbevortrag für die Einstellung der Reparations-Zahlungen durch Deutschland.

Dr. Schacht, der an der Ausarbeitung des Youngplanes teilnahm, hätte in der letzten Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit der Regierung in Bezug auf die Frage der Einstellung der Zahlungen. Er betrachtet ein derartiges Vorgehen angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage als unbedingt notwendig. Er trat seinerzeit von seinem Posten als Reichsbankpräsident zurück, weil angeblich der Youngplan zu Ungunsten Deutschlands verstümmelt worden sei.

„Die internationalen Kriegsschulden, und zwar sowohl die deutschen als auch die interalliierten, behindern die organische Entwicklung des internationalen Geldmarkts. Es ist daher unbedingt notwendig, daß sie den wirtschaftlichen Hilfsquellen der Schuldner angepaßt werden," erklärte Dr. Schacht.

Dann befaßte sich Schacht mit der Frage der deutschen Kriegsschuld. „Die falsche Behauptung der deutschen Schuld für den Weltkrieg vergiftet die moralische Atmosphäre, und es ist daher notwendig, daß auch sie revidiert wird," sagte er in Bezug auf diese Frage. „Die Kolonien müssen an Deutschland zurückgegeben werden, damit es wenigstens teilweise seinen Bedarf an Rohmaterialien decken kann. Nur nach einer Vereinigung der durch den Krieg erzeugten Vorurteile kann das gegenwärtig vorherrschende allgemeine Mißtrauen durch internationales Zusammenarbeiten ersetzt werden."

Briand triumphiert

(Fortsetzung von Seite 1)

Mann den Mut seiner Ueberzeugung bekunden."

Zur jüngsten Reichstagsrede des deutschen Außenministers Dr. Julius Curtius bemerkte Briand: „Niemand kann Deutschland davon abhalten, seine Forderungen zu erklären, aber das bedeutet nicht, daß sie alle erfüllt werden müssen. Ich bin von wärmster Hoffnung beseelt, daß auf Krieg zwischen Frankreich u. Deutschland als einem Werkzeug der Politik für immer Verzicht geleistet worden ist."

Den Chauvinisten, die seine Behandlung Deutschlands „zu milde" fanden, antwortete er spöttisch, sie hätten ja auch in Einem fort den Flottenzwist zwischen Italien und Frankreich als unlösbar bezeichnet, und nun sei man doch zum Ausgleich gelangt.

— Mit einem guten Wort wird leichter ein Dollar erworben als mit einem harten Wort ein Cent.